

Wenn Kinder Schutz brauchen

Unter anderem sorgt die Grenznähe in Passau für mehr Arbeit in den Jugendämtern

Von Daniela Stattenberger

Kinder können sich gegen Missbrauch, Gewalt und Vernachlässigung nicht wehren, Kinder brauchen Schutz. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, sank die Zahl schutzbedürftiger Minderjähriger im Freistaat 2019 zwar um 4,8 Prozent (auf 3 755), allerdings war in Niederbayern ein leichter Anstieg zu erkennen. Passau liegt mit 55 Schutzmaßnahmen für Kinder statistisch relativ weit vorne: Pro 1000 Einwohner gab es 2019 (bei 52 469 Einwohnern) in der Dreiflüssestadt etwa ein schutzbedürftiges Kind. In Ostbayern hat nur Regensburg bezogen auf die Einwohnerzahl mehr Fälle (1,3).

Besonders eklatant ist außerdem der Vergleich mit München. Dort gab es 2019 pro 1000 Einwohner nur ca. 0,2 Schutzmaßnahmen. Das heißt: In Passau nimmt das Jugendamt unter 1000 Einwohnern fünf mal häufiger einen Minderjährigen in einer Notsituation vorläufig auf bzw. bringt ihn in einer Einrichtung unter.

In Passau gab es 2017 und 2019 mit 60 und 55 Fällen mehr Kinderschutzmaßnahmen im Stadtgebiet als auf dem Land (im Landkreis Passau wurden 2017 26 und 2019 13 Fälle gemeldet). 2018 registrierte der Landkreis mit 68 Fällen hingegen mehr Fälle als die Stadt (45). „Es kann kein örtlicher Schwerpunkt zwischen Stadt oder Landkreis festgestellt werden“, berichtet die Polizei, die nach Angaben von Polizeisprecher Christian Scherer in Sachen Kinderschutz sehr eng mit den Jugendämtern der Stadt und des Landkreises zusammenarbeitet. Bei relevanten Vorgängen werde das jeweils zuständige Jugendamt in Kenntnis gesetzt.

Seit Jahresbeginn registrierte die Polizei ca. zehn Aufsichtspflichtverletzungen aufgrund alkoholisierten oder unter Betäu-



Ein Kind sitzt weinend allein in seinem Bett. In Passau registrierte die Polizei in diesem Jahr schon zehn Mal eine Verletzung der Aufsichtspflicht, während die Eltern unter Alkohol- oder Drogeneinfluss standen. – Symbolbild: Archiv/dpa



Oberärztin Verena Jansen von der Kinderschutz-Ambulanz an der Kinderklinik Dritter Orden Passau zeigt das Zertifikat, das die Deutsche Gesellschaft für Kinderschutz in der Medizin 2017 an die Einrichtung verliehen hat. – Foto: Stattenberger

unter (Ex-)Partnern im Beisein von Kindern.

Weniger häufig (im niederen, einstelligen Bereich) waren Einsätze wegen Körperverletzung der Eltern an Kindern, die Unterbringung psychisch auffälliger Kinder sowie die Hilfe überforderter Eltern bei z.B. randalierenden Jugendlichen. Eine Auswirkung der Pandemie auf steigende Fallzahlen, wie zunächst vielfach vorhergesagt, kann die Polizei, so Scherer, derzeit nicht erkennen. Auch das Jugendamt Passau kann keinen Anstieg der sogenannten In-

obhutnahmen im Zuge der Krise feststellen, wie es bereits mehrfach auf PNP-Anfrage mitteilte.

Nach Angaben von Rathaus-sprecherin Maria Proske ist die hohe Rate an Kinderschutzmaßnahmen gemessen an den Einwohnern in Passau außerdem nur „bedingt repräsentativ“ für die „Sozialskala“ des Stadtgebiets. Die hohen Zahlen im Vergleich zu anderen bayerischen Städten seien unter anderem auf die Lage Passaus in der Grenzregion zurückzuführen.

BLICK IN DIE ZAHLEN

3755 vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder gab es laut Landesamt für Statistik 2019 in Bayern. Betroffen waren insgesamt 1990 Jungen und 1765 Mädchen. Bei der überwiegenden Anzahl der Schutzmaßnahmen (1449 Fälle) war der Anlass die Überforderung der Eltern oder eines Elternteils. Gegenüber dem Vorjahr (1348 Fälle) war hier ein Anstieg von 7,5 Prozent zu verzeichnen. Von den 3755 Maßnahmen wurden 626 auf eigenen Wunsch der Kinder und Jugendlichen durchgeführt. 55 Prozent der Betroffenen war zwischen 14 und 18 Jahre alt. 2703 und damit mehr als zwei Drittel der Minderjährigen

wurde während der Schutzmaßnahme in einer Einrichtung untergebracht (72 Prozent), 151 in einer betreuten Wohnform (vier Prozent) und 901 lebten bei einer geeigneten Person (24 Prozent).

Als Schutzmaßnahme bezeichnet man die vorläufige Aufnahme und Unterbringung von Minderjährigen in einer Notsituation durch das Jugendamt. Es sind Maßnahmen zur schnellen Intervention zugunsten von Minderjährigen, sie dienen als Klärungshilfe für Betroffene in Krisensituationen sowie dem unmittelbaren Schutz der Minderjährigen. – red

Kinder von Eltern aus EU-Staaten, die mit Haftbefehl gesucht werden, sowie Jugendliche aus anderen Ländern, die von zu Hause weggelaufen sind, fallen demnach in der Dreiflüssestadt in die Statistik, wenn sie an der Grenze aufgegriffen werden, so die Sprecherin.

Insgesamt sei die Stadt Passau für viele Inobhutnahmen von Kindern zuständig, die nicht im Stadtgebiet wohnen. Dazu zählen auch schutzbedürftige Kinder in Krankenhauseinrichtungen und sonstigen stationären Einrichtungen.

Ebenso werden die aufgenommenen Flüchtlingskinder gezählt, sie machten 2017 31, 2018 15 und 2019 20 Fälle aus. Bei den Inobhutnahmen für ortsansässige Kinder bewege man sich seit Jahren auf gleichem Niveau, mit zehn bis 20 Inobhutnahmen pro Jahr, versichert Proske.

Braucht ein Kind in Passau Schutz, gibt es verschiedene Anlaufstellen. „Wir haben im Haus zwei Kinderschutzbeauftragte, die kümmern sich, wenn besorgte Bürger oder Eltern bei uns anrufen“, berichtet etwa Kinderschutzbundvorsitzende Julia

Stern. Sie schätzen die Situation ein und vermitteln an die zuständigen Stellen, z.B. bei Jugendamt und Polizei.

Kinderklinik hat eine eigene Kinderschutz-Ambulanz

Was nur wenige wissen: An der Kinderklinik Passau gibt es außerdem extra ein interdisziplinäres Team für den Kinderschutz, das bei stationären Fällen berät und eine eigene Ambulanz betreibt. Bis zu 70 Fälle registriert das Team pro Jahr. „Im Schnitt sind es wahrscheinlich so 50 Fälle“, berichtet die zuständige Oberärztin Verena Jansen.

Insgesamt kümmern sich zwei Ärzte, ein Psychologe, zwei Pflegekräfte, zwei Sozialarbeiterinnen und ein Heilpädagoge an der Kinderklinik derzeit um den Bereich Kinderschutz. Meist werden die Eltern vorstellig, so Jansen, überwiesen z.B. vom Kinderarzt. Je nach Situation finden Gespräche zwischen dem Kind und den Teammitgliedern statt sowie eine Teambesprechung. Den Eltern werden in der Regel Empfehlungen für ein weiteres Vorgehen ausgesprochen.

Oft führt sie der Verdacht, dass ihr Kind sexuell oder körperlich missbraucht wird in die Kinderklinik. Oberärztin Jansen sucht dann nach entsprechenden medizinischen Befunden, geht den vorhandenen Verletzungen auf die Spur.

Sie hat schon so einige Erfahrungen gemacht, die sie erschütterten. Ganz am Anfang ihrer Arbeit im Kinderschutz zum Beispiel, als ein kleines wenige Monate altes Kind mit einer Vielzahl gebrochener Knochen eingeliefert wurde. „Da mag man sich gar nicht vorstellen, was diesem Kind passiert ist.“

Der Nachbar



Wie traurig!
(Zeichnung: Ringer)

JVA: Planungen schreiten voran

Der Neubau der Passauer Justizvollzugsanstalt (JVA) ist kein Bau-Projekt wie jedes andere. Weil es ein Vorhaben des Freistaats ist und die Leitung der Entwürfsarbeiten sowie die Bauüberwachung dem staatlichen Bauamt Passau obliegt, ist eine Baugenehmigung nicht notwendig.

An dessen Stelle tritt ein sogenanntes Zustimmungsverfahren durch die Regierung, an dem die Stadt als Gemeinde beteiligt wird. Sie muss allerdings ihr gemeindliches Einvernehmen geben.

Dieses hat der Ferienausschuss am Montag ohne Gegenstimmen und große Diskussionen erteilt, allerdings unter dem Vorbehalt, dass sowohl das Bebauungsplan als auch das wasserrechtliche Verfahren unanfechtbar abgeschlossen werden. – jmu

Kindergarten kriegt neues Dach

Stadt stellt für KiGa Stadtzentrum 90 000 Euro zur Verfügung

Von Johannes Munzinger

Der Kindergarten Stadtzentrum in der Nikolastraße hat ein Problem: Es regnet rein. Nach 23 Jahren braucht das Gebäude nun ein neues Dach. Damit es dieses bekommt, muss die Stadt außerplanmäßige Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Darüber hat der Ferienausschuss am Montag beraten.

1997 ist der Kindergarten Stadtzentrum errichtet worden. Für ein ordentlich konstruiertes Gebäude ist das eigentlich kein Alter. Doch im Nachhinein musste die Stadt feststellen, dass etwas ganz und gar nicht stimmt: Das zum Dachbau verwendete Material macht erhebliche Probleme.

Titanzink, ein damals ziemlich neuartiger Baustoff, ist beim Bau des Daches verwendet worden. Doch 1997 „fehlten aufgrund der Neuartigkeit des Materials noch Erfahrungen in der Verwendung von Eindeckungen in Titanzink“, berichtete Herbert Zillinger, städtischer Bereichsleiter Personalamt und Liegenschaften, dem Ausschuss.

Erst Jahre später habe sich herausgestellt, „dass besonders bei Titanzink auf eine ausreichende Hinterlüftung der Blechbahnen geachtet werden muss“. Da dies nicht geschah, sei es zu „Schwitzwasserbildung“ und in der weiteren Folge zu Korrosion und Materialzerfall gekommen, sprich: Das Dach hat Löcher bekommen. Im-

merhin habe die Sicherheitsabdichtung bislang größere Schäden am Gebäude verhindert.

Mit Hilfe von zusätzlichen Mitteln in Höhe 90 000 Euro will die Stadt diese Löcher nun stopfen. Der Haushalt soll aber nicht zusätzlich belastet werden, da das Geld aus drei Deckungshaushaltsstellen entnommen werden könne, die alle die Veste Oberhaus betreffen: 35 000 Euro von der Planung des Bärengrabens, 42 000 von einer geplanten Oberflächenbefestigung und 13 000 vom Etat für den Rittersaal.

Ohne Gegenstimmen verabschiedete das Gremium den passenden Beschluss. Bei der Neueindeckung soll dann kein Titanzink, sondern Kupfer verwendet werden.

Neues Wohngebiet in Grubweg

Von Johannes Munzinger

Auf der Tagesordnung des Freizeitausschusses am Montag stand der Flächennutzungsplan „Laimgrub II“, dessen Änderung beschlossen werden sollte. Dort, in Grubweg, soll nördlich des Säumerwegs und östlich der Don-Bosco-Schule ein allgemeines Wohngebiet festgesetzt werden.

Ein Plan, der ÖDP-Stadtrat Franz Prügl nicht gefällt. Er, der selbst in Grubweg wohnt, konnte und wollte dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. „Ich vergönne jedem sein Haus“, sagte er im Großen Rathaussaal in die Runde, „aber gewisse Rahmenbedingungen müssen einfach stimmen“.

Vor allem kritisierte Prügl, dass das neue Wohngebiet zu „einer

weiteren Zersiedelung“ in Grubweg führen werde. Er befürchte sogar eine „Zerstörung des erholenden Charakters“ der Gegend. „Ich vermisste eine Grundsatzdiskussion darüber, wo die Grenzen für neue Baugebiete gezogen werden“, sagte er.

Seine Einwürfe änderten jedoch nichts am Abstimmungsergebnis. Zwar stimmten er, sein Parteifreund Urban Mangold und die Grünen-Vertreter Boris Burkert und Matthias Weigl gegen den Beschlussvorschlag, an der Mehrheit kratzten die Kritiker jedoch nicht. „Für die Bevölkerung ist diese Entscheidung ein gutes Signal“, urteilte abschließend OB Jürgen Dupper. An Prügl gewandt fügte er hinzu: „Hätten die Leute vor 20 Jahren schon so argumentiert, würden Sie dort gar nicht wohnen.“